

**Jusos in der SPD • Unterbezirk Schwalm-Eder • Konferenzunterlagen
Ord. Unterbezirkskonferenz 2019 • Borken • Parkhotel**

<u>Antrag:</u>	D1
<u>Antragsteller:</u>	Erweiterter Juso-Unterbezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord Juso-Landeskonferenz Hessen Juso-Bundeskongress SPD-Unterbezirksparteitag Schwalm-Eder SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord SPD-Bundesparteitag SPD-Bundestagsfraktion SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament
<u>Betr.:</u>	Für einen freien Internetzugang und Meinungsfreiheit im Netz

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern, dass die SPD und ihre Abgeordneten auf allen Ebenen, wie im aktuellen Koalitionsvertrages festgelegt, Upload-Filter bei Urheberrechtsverletzungen grundsätzlich ablehnen.

Dies bedeutet in der Konsequenz, dass Pläne, die zur Einführung eines Upload-Filters führen würden, ebenfalls kategorisch abgelehnt werden.

Wir fordern, die geplante EU-Copyright-Reform (COD) und insbesondere Artikel 11 in der jetzigen Form sowie Artikel 13 kritisch zu betrachten und abzulehnen, solange entscheidende Fragen nicht geklärt sind.

Begründung:

Wir setzen uns für einen freien Zugang zum Internet und für Meinungsfreiheit im Netz ein. Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns klar und deutlich gegen automatisierte Zensur und gegen Zensur durch Privatunternehmen aus. Die Entscheidung, ob ein Inhalt gegen geltendes Recht verstößt und gelöscht werden muss, oder gar nicht erst zugelassen wird, dürfen wir nicht Algorithmen überlassen.

Artikel 13 der COD in der aktuellen Form würde in der Umsetzung Plattformen dazu zwingen, Upload-Filter einzusetzen, die Inhalte auf Urheberrechtsverletzungen scannen und noch vor dem Hochladen blockieren. Wenngleich das Ziel des Urheberschutzes lobenswert ist, ist die Technik, die für die Umsetzung notwendig wäre, fehleranfällig und intransparent.

In Artikel 11 soll ein Leistungsschutzrecht auf europäischer Ebene geschaffen werden, bei welchem elementare Fragen aber nach wie vor offen sind. Im aktuellen Kompromissvorschlag ist von "insubstantial parts ("snippets") of press publications" zu lesen, die aber nicht weiter erklärt werden. Hierbei ist also beispielsweise offen, ob es sich um quantitative oder inhaltliche Kriterien handeln soll. Solche Punkte dürfen in einem europaweiten Leistungsschutzrecht nicht

offenbleiben, weshalb wir den Kompromissvorschlag in der aktuellen Form ablehnen. Wenngleich aktuell der EU-Ministerrat die EU-Urheberrechtsreform geblockt hat, ist es wichtig, hier weiterhin aufmerksam zu bleiben.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an